

Neue Zürcher Zeitung

Z DIE SCHÖNEN SEITEN
Das Lifestyle-Magazin

NZZ – ZEITUNG FÜR DIE SCHWEIZ

Samstag/Sonntag, 15./16. September 2012 · Nr. 215 · 233. Jg.

gegründet 1780

www.nzz.ch · Fr. 4.50 · € 3.90

Japan beschliesst den Atomausstieg

Keine Kernkraft mehr ab 2040

nebe. · Japan will spätestens 2040 auf Atomstrom verzichten. Dies teilte Ministerpräsident Yoshihiko Noda am Freitag mit. Demnach sollen keine neuen Atomkraftwerke mehr gebaut und die bestehenden nach spätestens 40 Jahren Betrieb vom Netz genommen werden. Die Regierung reagiert mit dieser Entscheidung auf die Stimmung im Volk, das sich laut Umfragen mehrheitlich einen Ausstieg wünscht. Angesichts der bevorstehenden Neuwahlen ist allerdings nicht klar, wie lange dieser Beschluss Bestand haben wird.

International, Seite 5

Verschobene Gewichte im Ständerat

SP hat an Einfluss gewonnen

For. · Seit den Wahlen im letzten Herbst ist die SP mit 11 Sitzen gleich stark im Ständerat vertreten wie die FDP. Zudem haben mit Christian Levrat und Paul Rechsteiner zwei Schwergewichte der Partei Einsitz genommen. Bürgerliche Politiker spüren den grösseren Einfluss der Sozialdemokraten. Abstimmungen fallen vermehrt knapper aus. Der Zuwachs der zudem oft geeinten Linken hat dazu geführt, dass die Bürgerlichen parteipolitische Argumente stärker gewichten. Der Ständerat ist in der neuen Legislatur politischer geworden.

Schweiz, Seite 11

Euro-Gruppe bereitet nächste Schritte vor

Weg für den ESM geebnet

Ht. · Spanien hat am Treffen der Euro-Finanzminister (Euro-Gruppe) in Nikosia für Ende Monat ein nationales Reformprogramm entlang den Empfehlungen der EU angekündigt. Einen Entscheid über die Fortsetzung der Griechenland-Hilfe wird die Euro-Gruppe voraussichtlich erst in der zweiten Oktoberhälfte treffen, doch könnte Athen etwas mehr Zeit zum Defizitabbau erhalten. Derweil sind die Minister auf die Bedingungen des deutschen Verfassungsgerichts für den definitiven Euro-Krisenfonds ESM eingegangen.

Wirtschaft, Seite 25

China und der kranke Mann

Die EU tritt in China als reine Wirtschaftsmacht auf, doch in der Euro-Krise leidet das europäische Image. Europa muss in Asien zeigen, dass es mehr ist als nur ein Handelspartner. Von Eric Gujer

Manche Begriffe sind einfach zu schön, um wahr zu sein. «Chimerica», die Verschmelzung von China und America, stand für die Symbiose der beiden grössten Volkswirtschaften der Welt – wirtschaftlich, aber auch politisch. Vor allem auf dem alten Kontinent fürchtete man vor einigen Jahren, Washington und Peking würden künftig über die Köpfe der Europäer hinweg entscheiden. Doch Chimerica entpuppte sich als Chimäre; die Spannungen zwischen den beiden Staaten nehmen seit einiger Zeit markant zu. Die Vereinigten Staaten verfolgen eine Strategie, die auf Eindämmung des Rivalen setzt. Peking wiederum vermutet hinter vielen seiner ausserpolitischen Probleme – etwa den Streitigkeiten mit Vietnam, den Philippinen und Japan um einige Inselgruppen – die verborgene Hand Amerikas. Misstrauisch verfolgen beide Mächte die militärischen Anstrengungen des anderen. Zwar bleiben die beiden Länder aufeinander angewiesen, aber die Entfremdung ist augenfällig. Dies eröffnet Spielräume für die Europäer, die sich vor kurzem noch von dem chinesisch-amerikanischen Duumvirat ins Abseits komplimentiert fühlten.

Mit einer Spur Herablassung

Wie so häufig weiss Europa indes wenig mit seinen Möglichkeiten anzufangen. Die EU ist der wichtigste Wirtschaftspartner Chinas noch vor den USA. Deutschland, das allein die Hälfte aller EU-Exporte bestreitet, hat pro Kopf der Bevölkerung ein deutlich höheres Handelsvolumen mit China als Amerika. Europa besitzt also erhebliches Interesse an sicheren Schiffsverbindungen nach Ostasien und generell an Frieden und Stabilität in der Region. Doch die EU ist in Ostasien kaum präsent und versucht nicht, einen Beitrag zur Lösung der Territorialkonflikte zu leisten. Sie ist an den Konferenzen zur regionalen Kooperation nicht vertreten oder überlässt es allein den USA, sich dort mit publizitätsträchtigen Auftritten zu profilieren, wie jüngst der amerikanischen Aussenministerin Hillary Clinton am Pacific Island Forum. Militärisch sind die europäischen Staaten im Gegensatz zu den USA Leichtgewichte, aber sie können aus der Not eine Tugend machen. Sie sollten sich aus dem amerikanisch-chinesischen Rüstungswettlauf heraushalten und mit «soft power» punkten: zum Beispiel mit Ausbildungshilfe für die Kriegsmarinen und Küstenwachen der Anrainerstaaten der Strasse von Malakka, des maritimen Nadelohrs auf dem Weg nach Ostasien.

Die EU verlässt sich bei ihrem Austausch mit China und dessen Nachbarn allein auf ihre wirtschaftliche Stärke, doch wäre es klüger, mehr als ein Eisen im Feuer zu haben. «Um Einfluss zu nehmen, hat Europa nichts als seine Exporte und den Euro», sagte kürzlich ein chinesischer Teilnehmer unverblümt am Bergedorfer Gesprächskreis, einem internationalen Dialogformat der Hamburger Körber-Stiftung. Scheiterte der Euro, dann verliere die Europäische Union ihren einzigen politischen Hebel in der Region. Die EU gilt den Chinesen als der kranke Mann der Weltwirtschaft, und dies hat unmittelbar Auswirkungen auch auf die Stellung Europas. So versichert Peking in gönnerhaftem Ton, es werde an der Stabilisierung der Einheitswährung mitwirken.

Ein Grund für die Zurückhaltung der EU sind die Rivalitäten ihrer Mitgliedsstaaten. Es gibt eine deutsche, eine französische oder eine britische Asienpolitik, aber eben keine euro-

päische. Dabei behaupten sich die Europäer in der globalisierten Welt am ehesten, wenn sie halbwegs geschlossen agieren. Peking nutzt die Vielstimmigkeit geschickt aus, indem es einzelne Länder hofiert wie kürzlich beim Besuch der deutschen Kanzlerin Angela Merkel. Die chinesische Seite spricht offen über die Machtverschiebung in Europa zugunsten Deutschlands und eine spezielle sino-deutsche Beziehung. Berlin ist aber zu vorsichtig, um auf solche Avancen jenseits der handfesten Handelspolitik einzugehen. Denn die zu Lieblingspartnern avancierten Deutschen erleben auch, wie arrogant bisweilen die chinesische Seite auftritt und wie sie im bilateralen Verkehr allein ihre Spielregeln durchzusetzen versucht.

Einen Fuss in der Tür

Wenn ihre Interessen unmittelbar berührt sind, verhält sich die kommunistische Führung nicht nur einschüchternd, sondern auch janusköpfig. Sie lädt zwar Berlin ein, sich politisch in Ostasien stärker zu engagieren, zugleich unternimmt sie aber alles, um die Europäer und die USA auszusperrten, wenn es darum geht, die Gebietsstreitigkeiten mit Nachbarn zu erörtern. Man will nicht, dass der Westen einen Fuss in der Tür einer Region hat, die man als seine Einflussphäre betrachtet. Umgekehrt leitet Peking aus seiner Stellung als Vetomacht im Uno-Sicherheitsrat das Recht ab, bei Konflikten wie im Nahen Osten zu intervenieren. Dieser Widerspruch wäre vielleicht hinnehmbar, wenn Peking konstruktiv zur Lösung der Problemfälle Iran und Syrien beitrüge. Doch China ist der Grossmeister des Status quo. Es lehnt Veränderungen und die Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines Staates ab, auch wenn dies den Tod unzähliger syrischer Zivilisten zur Folge hat. Während sich Russland aber unzweideutig in Asads Lager gestellt hat, betreibt Peking eine Aussenpolitik, die alles in der Schwebe lässt. In diesem Sinn brauchte es mehr China in der internationalen Politik – nämlich ein China, das nicht nur mit seiner Rolle als aufstrebende Macht kokettiert, sondern diese verantwortungsvoll ausfüllt.

Hier liegt die grösste Herausforderung im Umgang mit China neben der Menschenrechtsfrage. Peking hat gelernt, die routinemässigen Proteste wegen der Einkerkelung von Dissidenten routiniert wegzustecken. Neu und ungewohnt wäre es hingegen für die Parteiführung, wenn sich Europa nicht nur auf Aussenhandel beschränkte. Europa muss sich politisch in Ostasien engagieren und zugleich China in seiner neuen Weltmachtrolle ernst nehmen. Die Beziehungen zu China sind ein Feld für nüchterne Realpolitik und nicht für wolkige Freundschaftsbekundungen. Beide Seiten liegen wertemässig so weit auseinander, dass eine Annäherung sehr viel Zeit erfordert. Da die Verflechtung trotzdem weiter zunehmen wird, muss man diese aktiv gestalten: in Kooperation und nicht im Konflikt. Zur Realpolitik gehört dabei allerdings auch, einem schwierigen Partner, dort, wo es nötig ist, Grenzen aufzuzeigen. Europa braucht China, aber es hat in Asien auch noch andere Optionen. Als Merkel nach Vietnam und in die Mongolei reiste, war dies ein Fingerzeig für den grossen Nachbarn in der Mitte. Solche Vorstösse sind noch zu selten, zu zögerlich und zu wenig koordiniert, als dass man von einer europäischen Asienpolitik sprechen könnte. Aber langsam reift die Erkenntnis, dass China mehr ist als nur ein Exportmarkt.

Die Protestwelle weitet sich aus

Angriff auf deutsche Botschaft

aku. · Die durch einen islamfeindlichen Film aus den USA angestachelte Wut in der arabischen Welt hat am Freitag den vierten Tag in Folge angehalten. Proteste wurden aus Kairo, aus Sanaa in Jemen, aus Libanon, aus Tunesien und aus Khartum im Sudan gemeldet. In Khartum stürmte nach dem Ende des Freitagsgebets ein aufgebrachter Mob die deutsche Botschaft und legte im Innern des Gebäudes einen Brand. Erst später gelang es den Sicherheitskräften, der Situation Herr zu werden. Es kamen keine Botschaftsangestellten zu Schaden. Der Grund für den Angriff auf eine deutsche Vertretung könnte darin liegen, dass Deutschland im Fall der dänischen Mohammed-Karikaturen im Jahr 2006 offen für die Meinungsfreiheit eingetreten war.

In Kairo verhinderte derweil die hohe Polizeipräsenz weitere Gewaltausbrüche, doch die Stimmung war angespannt. Der ägyptische Präsident Mursi warnte davor, dem Film so viel Aufmerksamkeit zu schenken, und erinnerte gläubige Muslime an ihre Pflicht, ausländische Botschaften und deren Personal zu schützen. Zu Beginn der Protestwelle waren am Dienstag vier Angestellte des Konsulats der USA in der libyschen Stadt Benghazi getötet worden. Die Leichname trafen am Freitag in den USA ein.

International, Seite 3

Rad-Legende Bartali rettete Juden

Gefälschte Papiere transportiert

wag. · Gino Bartali war einer der Rad-sport-Helden des letzten Jahrhunderts. Der Italiener gewann um die Zeit des Zweiten Weltkriegs zweimal die Tour de France und dreimal den Giro d'Italia. Kaum bekannt ist hingegen, dass Bartali als Kurier für den antifaschistischen Widerstand tätig war. Er transportierte auf fingierten Trainingsfahrten im Stahlrohr des Velos gefälschte Dokumente, versteckte Juden im Keller – und konnte so mehrere hundert Menschen vor der Deportation retten. Eine Ehrung blieb Bartali bisher trotzdem verwehrt. Die NZZ spürte Augenzeugen auf und sprach mit ihnen über die andere Seite der Radsport-Legende.

Sport, Seite 46, 47

ANZEIGE

BCV ASSET MANAGEMENT
Für Sie in Zürich

GEWISSHEIT

Das gute Gefühl,
richtig gewählt zu haben

Signaustrasse 10, Zürich
044 388 71 30

www.bcv.ch/invest 

WETTER

Am Morgen bedeckt, tagsüber sonnig
Alpennordseite: Über dem Flachland und bis zu den Voralpen am Vormittag zeitweise ausgedehntere Wolkenfelder, besonders gegen Osten hin. Sonst sonniges Wetter bei Temperaturen um die 20 Grad. Alpensüdseite und Engadin: Viel Sonne und warm bei Temperaturen um die 24 Grad.

Seite 63

BÖRSE

Dow Jones	13593,37	▲	0,40%
SMI	6559,16	▲	0,71%
Euro in Franken	1,2174	▲	0,23%
Erdöl (WTI in \$)	98,95	▲	0,95%

Seite 33

INTERNATIONAL

Irans Frauen suchen Freiheit im Internet

Seite 9

SCHWEIZ

SRG-Werbung im Netz: Nein, aber

Seite 13

ZÜRICH UND REGION

Die VBZ packen ihre Probleme an

Seite 17

MEINUNG & DEBATTE

Hang zu Masochismus in Bundesbern

Seite 23

PANORMA

Entrüstung über Fotos von entblösster Kate

Seite 24

LITERATUR UND KUNST

Über Hitlers Sprache

Seite 59

Flucht ins Weite



Im Rausch einer erfüllten Lektüre tauchen die Leserin und der Leser ab in eine imaginierte Romanwelt. Für die Dauer des Lesens entfliehen sie der eigenen kleinen Zeit ins Weite. Man kann dies in einem guten Sinne «Eskapismus» nennen, wie der Schriftsteller Georg Klein in seinem Essay schreibt.

Literatur und Kunst, Seite 57

